

Stadt XYZ
Jugendamt

Leistungsbescheid

Sprachförderung nach § 21 Abs. 2 KiBiz in Verbindung mit § 36 Abs. 2 SchulG

Ihr Antrag auf Festsetzung der Förderung vom xx.xx.xxxx
Mein Abschlagsbescheid vom xx.xx.xxxx

Sehr geehrte ...,

1. Festsetzung

Aufgrund Ihres o. g. Antrags wird die Förderung nach § 21 Abs. 2 KiBiz in Verbindung mit § 36 Abs. 2 SchulG für das Kindergartenjahr 2009/2010 (01.08.2009 – 31.07.2010) auf

xxx €

(in Buchstaben: xxx Euro)

festgesetzt.

Im Jahr 2009 erhielten Sie hierfür Abschlagszahlungen von insgesamt xxx Euro.

- a) Die Ihnen zustehenden Landesmittel haben Sie damit bereits in voller Höhe erhalten.
- b) Es ist somit eine Überzahlung in Höhe von xxx Euro entstanden. Die überzahlten Mittel werden mit der nächsten Abschlagszahlung für das Kindergartenjahr 2010/2011 verrechnet.
- c) Es ergibt sich somit ein Betrag in Höhe von xxx Euro, der Ihnen noch zusteht und auf das von Ihnen angegebene Konto überwiesen wird.

2. Ermittlung der Höhe der Förderung

Sie haben für das Kindergartenjahr 2009/2010 die Festsetzung beantragt für

- 2.1 Förderungsbedürftige Kinder, die bereits im Vorjahr getestet und gefördert wurden:
Maximale Zuwendung von 340,00 Euro x xxx Kinder = xxx Euro

- 2.2 Förderungsbedürftige 4-jährige Kinder, die in einer Tageseinrichtung für Kinder angemeldet sind:

Maximale Zuwendung von 340,00 Euro x xxx Kinder = xxx Euro

- 2.3 Förderungsbedürftige 4-jährige Kinder, die nicht in einer Tageseinrichtung für Kinder angemeldet sind:

Maximale Zuwendung von 340,00 Euro x xxx Kinder = xxx Euro

Insgesamt bewilligte Landeszuwendung = xxx Euro

- a) Für das Kindergartenjahr 2009/2010 wurde Ihnen dieser Betrag bereits in voller Höhe mit den Abschlägen ausgezahlt.

b) Ausgezahlte Abschläge für 2009/2010 xxx Euro

Festgesetzte Förderung für 2009/2010 xxx Euro

Ergibt eine Überzahlung i. H. v. xxx Euro

c) Festsetzung für 2009/2010 xxx Euro

ausgezahlte Abschläge für 2009/2010 xxx Euro

ergibt eine Nachzahlung i. H. v. xxx Euro

3. Nebenbestimmung

Der bewilligte Abschlag darf zur Erfüllung des Zuwendungszwecks an Dritte weitergeleitet werden. Wird die Zuwendung an Dritte weitergeleitet, hat der Leistungsempfänger durch einen Bewilligungsbescheid sicherzustellen, dass die Bestimmungen dieses Bescheides, soweit zutreffend, auch den Dritten auferlegt werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht in....., Straße.....Nr. schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erheben.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, die angefochtene Verfügung soll in Urschrift oder in Abschrift beigefügt sein. Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.